

Miszelle

HEINRICH AUGUST WINKLER

EXTREMISMUS DER MITTE?

Sozialgeschichtliche Aspekte der nationalsozialistischen Machtergreifung*

Aufmerksame Beobachter der deutschen Parteienlandschaft waren sich bereits um 1930 darüber im klaren, daß der Anspruch der Nationalsozialisten, eine Arbeiterpartei zu sein, von der Wirklichkeit kaum gestützt wurde. Was zahlreiche Analytiker – vor allem aus den Lagern der bürgerlichen und sozialdemokratischen Linken – in den drei Jahren vor Hitlers Machtergreifung über die gesellschaftlichen Grundlagen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ermittelten, läßt sich knapp in den Worten eines späteren Autors, Seymour Martin Lipset, resumieren: „Im Jahre 1932 war der idealtypische Wähler der Nationalsozialistischen Partei ein selbständiger protestantischer Angehöriger des Mittelstandes, der entweder auf einem Hof oder in einer kleinen Ortschaft lebte und der früher für eine Partei der politischen Mitte oder für eine regionale Partei gestimmt hatte, die sich der Macht und dem Einfluß von Großindustrie und Gewerkschaften widersetzte.“¹

Lipsets These ist, sieht man von der angeblichen liberalen Industriefeindschaft ab, heute nicht mehr ernsthaft umstritten. Mit einer Folgerung jedoch, die er aus dieser These ableitet, wollen wir uns näher beschäftigen. Lipset bezeichnet den Nationalsozialismus wie die „klassischen faschistischen Bewegungen“ überhaupt als einen „Extremismus der Mitte“. Getragen von ehemals demokratischen Schichten, von Kleingewerbetreibenden, Angestellten und freien Berufen, unterschieden sich nach Lipset die Nationalsozialisten soziologisch eindeutig sowohl von der sozialrevolutionären oder reformistischen Linken als auch von der traditionalistischen Rechten: sie waren weder eine Partei von klassenbewußten Industriearbeitern noch eine Bewegung wohlsituierten Angehöriger der gesellschaftlichen Oberschicht. Auch auf ideologischem Gebiet findet Lipset Bestätigungen für seine Behauptung, daß der Nationalsozialismus ein Extremismus der Mitte war: „Wenn auch die faschistische Ideologie in ihrer Glorifizierung des Staates antiliberal ist, hat sie mit dem Liberalismus doch nicht nur die Opposition gegen die Großindustrie, die Gewerkschaften und den sozialistischen Staat gemeinsam, sondern auch die Feindschaft gegenüber der Religion und anderen Formen des Traditionalismus.“²

* Der vorliegende Aufsatz berührt sich mit Überlegungen, die ausführlicher in meinem Buch „Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus, Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik“, Köln 1972, vorgetragen werden.

¹ Seymour Martin Lipset, *Soziologie der Demokratie* (dt. Ausgabe von: *Political Man, The Social Bases of Politics*, New York 1960), Neuwied 1962, S. 154.

² Ebd., S. 134. Die Lipset-These wird übernommen von Ralf Dahrendorf, *Demokratie und*

Die These des amerikanischen Soziologen wirft eine Reihe von Fragen auf, von denen uns drei besonders wichtig erscheinen. Erstens: War die Wählerbewegung vom Liberalismus zum Nationalsozialismus so plötzlich und unvermittelt, wie Lipset annimmt? Zweitens: Gibt es wesentliche Momente im Bereich von Programmatik und Ideologie, die es erlauben, den Nationalsozialismus als „Extremismus der Mitte“ zu bezeichnen? Drittens: Reichen Massenbasis, Wahlparolen und Parteiprogramm aus, um den politischen Standort des Nationalsozialismus bestimmen zu können?

I

Die massenhafte Abkehr von den liberalen Parteien fällt nach Lipset in die Zeit der Weltwirtschaftskrise: alle seine Beobachtungen basieren auf Wahlstatistiken der Jahre 1928 bis 1932. Dieser Untersuchungszeitraum ist jedoch offenbar zu kurz bemessen. Bereits 1933 hat der sozialdemokratische Publizist Rudolf Küstermeier das Votum für die NSDAP als Abschluß eines längerfristigen Prozesses bezeichnet. Viele Wähler aus den Mittelschichten seien seit 1918 „von Partei zu Partei geirrt“. Übte unmittelbar nach der Novemberrevolution die Deutsche Demokratische Partei eine besondere Anziehungskraft aus, so erwies sich 1920 die Deutsche Volkspartei und 1924 die Deutschnationale Volkspartei als die attraktivste Gruppierung. „1928 entschied sich die Mehrheit, enttäuscht, entmutigt, für die Partei der Nichtwähler. 1930 schließlich kam der Nationalsozialismus an die Reihe.“³

Der allgemeine Trend ist, wenn man vom angeblichen Wahlboykott im Jahre 1928 absieht, von Küstermeier im großen und ganzen zutreffend analysiert worden. Um die wichtigsten Befunde knapp zu resumieren: die linksliberale DDP, die bei der Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 noch 18,55% der Stimmen erhalten hatte, sank bei der Reichstagswahl vom 6. Juni 1920 auf 8,3%, während die rechtsliberale DVP von 4,42% auf 13,9% stieg. Gewinn und Verlust der beiden Parteien hielten sich in etwa die Waage. Die naheliegende Vermutung, daß die neuen Wähler der Volkspartei größtenteils aus den Reihen der Demokraten kamen, ist durch die Untersuchung einzelner Wahlkreise erhärtet worden. Offensichtlich haben die bürgerkriegsähnlichen Unruhen der Jahre 1919/20, der Generalstreik nach dem Kapp-Putsch und die Aversionen gegen die einundeinhalb Jahre zuvor noch für opportunistisch gehaltene Koalitionspartnerschaft von SPD und DDP breite bürgerliche Schichten auf die Wanderung nach rechts getrieben. Der demokratische Reichstagsabgeordnete Anton Erkelenz brachte den Umschwung im Wählerverhalten auf eine einprägsame Formel: 1919 habe eine Mitgliedskarte der DDP als „Lebensversicherungspolice bei der befürchteten Bartholomäusnacht“ gegolten;

Sozialstruktur in Deutschland, in: ders., *Gesellschaft und Freiheit*, München 1961, S. 260–290; vgl. auch ders., *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1965, S. 415–431.

³ Rudolf Küstermeier, *Die Mittelschichten und ihr politischer Weg*, Potsdam 1933, S. 39.

1920 hätten viele Leute in der Mitgliedskarte der DVP einen „Versicherungsschein gegen Aufteilung des Vermögens“ gesehen⁴.

Der Übergang von der DDP zur DVP ist nicht nur für eine Rechtsverschiebung innerhalb des liberalen Lagers symptomatisch. Das wurde am 20. Februar 1921 deutlich, als die Reichstagswahl in den drei Wahlkreisen Schleswig-Holstein, Ostpreußen und Oberschlesien nachgeholt wurde, wo sie wegen der noch ausstehenden Gebietsabstimmungen am 6. Juni 1920 nicht hatte durchgeführt werden können. Genauere Untersuchungen besitzen wir nur für Schleswig-Holstein. Hier gelang es den Deutschnationalen, ihren regionalen Stimmenanteil von 1919 fast zu verdreifachen (7,7% : 20,5%). Ihre Stimmengewinne kamen offensichtlich nicht zuletzt von ehemals linksliberalen Wählern⁵.

Bei der Reichstagswahl vom 4. Mai 1924 zeigte sich, daß die Abwanderung liberaler Wähler zur DNVP kein regionales Phänomen war. Die Deutschnationalen erhielten mit einem prozentualen Plus von 4,3 gegenüber der Reichstagswahl von 1920 aber weniger, als die beiden liberalen Parteien prozentual verloren, nämlich 7,3 (DVP: -4,7; DDP: -2,6). Die Nationalsozialisten und Deutsch-Völkischen erhielten im Reichsdurchschnitt zusammen 6,5%. Wenn man annimmt, daß die extremen Rechtsparteien vor allem frühere DNVP-Wähler zu sich herübergezogen haben und die DNVP ihrerseits von den Verlusten der DVP und der DDP profitierte, so bleibt doch eine Differenz von 3,5% zwischen nationalsozialistisch-deutschvölkischen Gewinnen und dem Überschuß von liberalen Verlusten über deutschnationale Gewinne. Es gibt nun gewisse Indizien dafür, daß es eine Abwanderung früherer Wähler der Unabhängigen Sozialdemokraten zur extremen und konservativen Rechten gegeben hat. Die USPD verfügte in den ersten Jahren der Republik über eine außerordentlich labile und heterogene Anhängerschaft. Für München und Braunschweig beispielsweise ist nachgewiesen worden, daß sich in ihren Reihen zahlreiche pauperisierte Kleingewerbetreibende und Angestellte befanden. Die Existenz eines in der verarmten Mittelschicht angesiedelten „floating vote“, das auch

⁴ Anton Erkelenz, Lehren aus der Wahl, in: *Die Hilfe* 26 (1920), S. 406 f. Zit. nach: Dieter Bergmann, *Probleme des Liberalismus in der Weimarer Republik bis zum Kapp-Putsch*, unter besonderer Berücksichtigung der Deutschen Demokratischen Partei, Staatsexamensarbeit (Ms.), Berlin (FU) 1967, S. 98. Lokale Daten zu den Verschiebungen zwischen DDP und DVP, zu ihrer Sozialstruktur und zum Stimmenanteil der bürgerlichen Parteien nach Ortsgruppenklassen bei: Wolfgang Hartenstein, *Die Anfänge der Deutschen Volkspartei 1918–1920*, Düsseldorf 1962, bes. S. 242 ff.

⁵ Die DDP sank in Schleswig-Holstein zwischen 1919 und 1921 von 27,2% auf 9,4%; die DVP stieg von 7,8% auf 18,4%. Im übrigen scheint die DNVP besonders von dem Rückgang der Schleswig-Holsteinischen Bauern- und Landarbeiterdemokratie (1919: 7,2%; 1921: 3,8%) und von einem Parteiwechsel ehemaliger Wähler der SPD und USPD profitiert zu haben, der vor allem auf das Konto von Landarbeitern gegangen sein dürfte. Hierzu ausführlicher: Peter Wulf, *Die politische Haltung des schleswig-holsteinischen Handwerks 1928 bis 1932*, Köln und Opladen 1969, S. 39–42; Rudolf Heberle, *Landbevölkerung und Nationalsozialismus, Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918–1932*, Stuttgart 1963, S. 29–32.

extreme Richtungswechsel zu vollziehen in der Lage war, ist nicht unwahrscheinlich⁶.

Wichtiger ist freilich eine andere Entwicklung, die sich zugleich besser belegen läßt. Untersucht man eine Reihe von Wahlkreisen, in denen 1920 die Deutsche Volkspartei noch über dem Reichsdurchschnitt gelegen hatte, so zeigt sich, daß die Deutschnationalen im Mai 1924 ihre Gewinne vor allem früheren liberalen Wählern verdankten. Soweit sie städtische Wähler anzogen, waren sie besonders erfolgreich in Gebieten überwiegend evangelischer Konfession, in denen die „übrigen Wirtschaftsabteilungen“ (Handel, Verkehr, Verwaltung, freie Berufe) überproportional viele Personen beschäftigten, wo selbständige Handel- und Gewerbetreibende im Verhältnis zu den Arbeitern stark vertreten waren und wo der Anteil der Beamten und Angestellten an der Bevölkerung besonders hoch war. Damit wirkten sich für die DNVP dieselben Faktoren günstig aus, die vorher den liberalen Parteien und besonders der DVP zugute gekommen waren.

In vielen Wahlbezirken, in denen einige oder alle dieser Voraussetzungen vorlagen, nahm der Wählerumschwung vom Mai 1924 das Ausmaß eines politischen Erdbebens an: so sank im pommerschen Handelszentrum Stralsund (Anteil der „übrigen Wirtschaftsabteilungen“ an der Wohnbevölkerung 46,8% gegenüber einem Reichsdurchschnitt von 26,6%) die DVP von 41,1% im Jahre 1920 auf 8,3%, die DDP von 8,8% auf 2,7%. Die Deutschnationalen kletterten von 14,6% auf 41,6%. In der alten Kaiserstadt Goslar, das eine ähnliche Sozialstruktur hatte wie Stralsund (Anteil der „übrigen Wirtschaftsabteilungen“ an der Wohnbevölkerung: 41,5%), stieg der deutschnationale Stimmenanteil von 17,3% auf 37,6%, während die DVP von 26% auf 9,2%, die DDP von 4,8% auf 4,6% sank. Im Berliner Bezirk Zehlendorf, der einen außerordentlich hohen Anteil von Beamten und Angestellten an der Wohnbevölkerung aufweist (23,6% gegenüber einem Reichsdurchschnitt von 11,3%) sank die DVP von 41,7% auf 17,8%, die DDP von 10,8% auf 8,7%. Der Stimmenanteil der DNVP stieg von 20,4% auf 34,9%, die Deutschvölkische Freiheitspartei erhielt 9,7%. Aber auch in einem rein ländlichen Gebiet, wo bäuerliche Mittelbetriebe überwogen, läßt sich der Umschwung von der DVP zur DNVP deutlich erkennen: in dem kleinen Amt Wildeshausen (Wahlkreis Weser-Ems) hatte die DVP 1920 53,4% der Stimmen erhalten, die DDP 20,9% und die DNVP 3%. Im Mai 1924 veränderte sich das Bild radikal. Die Deutschnationalen erhielten 33,5%, die DVP 23,4% und die DDP 12,8%⁷.

⁶ Die prozentualen Gewinne der KPD bei der Reichstagswahl vom 4. Mai 1924 (+ 10,5%) waren weitaus geringer als die Verluste von SPD und USPD (zusammen: -18,9%). SPD und USPD hatten 1920 zusammen 39,6% (SPD: 21,7%, USPD: 17,9%) erhalten. Nachdem die beiden Parteien sich 1922 wieder vereinigt hatten, erhielt die VSPD bei der Maiwahl von 1924 20,5%, die Rest-USPD 0,8%. Ausführlicher zu den Wahlbewegungen von 1924: Winkler, *Mittelstand*, a. a. O., S. 130-139.

⁷ Ebenda, mit genaueren Angaben zur Sozialstruktur der genannten Gebiete. Dasselbst auch Daten zur Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924, die vergleichsweise geringe Verschiebungen erbrachte. Vgl. zu dieser Wahl ferner: Georg Decker, *Zur Statistik der Reichstagswahl*, in:

Die Ergebnisse der Reichstagswahl vom Mai 1924 zeigen, daß breite mittelständische Wählermassen sich schon lange vor dem Aufstieg des Nationalsozialismus von den liberalen Parteien abgewandt haben. Unter dem Eindruck einer extremen ökonomischen und politischen Unsicherheit, der Inflation und der schweren Krisen des Jahres 1923, wandten sich große Teile des Bürgertums einer offen antirepublikanischen und nationalistischen Partei zu, die die Macht von „Marxisten“ und Gewerkschaftsfunktionären zu brechen und einen starken „überparteilichen“ Staat im Sinne des Kaiserreiches wiederherzustellen versprach.

Vier Jahre später, als sich die politische und wirtschaftliche Lage erheblich gebessert hatte, mußten die Deutschnationalen bei einer neuen Reichstagswahl erhebliche Verluste hinnehmen. Sie erhielten 6,3% weniger Stimmen als bei der vorangegangenen Wahl vom 7. Dezember 1924. Die Regierungsbeteiligung der DNVP fand bei den Wählern keinen besonderen Anklang. Bemerkenswert ist jedoch, daß die Verluste der DNVP offenbar nicht den liberalen Parteien zugute kamen, die ihrerseits Stimmen einbüßten (DVP: -1,4%; DDP: -1,5%). Vielmehr scheinen Splitter- und Regionalparteien (ohne Bayerische Volkspartei: + 5,18%) und vor allem die 1920 gegründete Wirtschaftspartei (seit 1926 offiziell: Reichspartei des deutschen Mittelstandes) von den Verlusten der übrigen bürgerlichen Parteien profitiert zu haben. Die Wirtschaftspartei, in der der mittelständische Hausbesitz ausschlaggebendes Gewicht besaß, erhielt 1928 4,5% der Stimmen und erzielte damit gegenüber der Wahl vom Dezember 1924 ein Plus von 1,2%. Vor allem in Nordwestdeutschland gelangen ihr in den Jahren 1924 bis 1930 Einbrüche in das handwerkliche Organisationswesen, die auch bei Wahlen zu Buch schlugen. Der Geschäftsführer des Westfälisch-Lippischen Handwerkerbundes, ABhoff, erklärte im Juli 1928 diese Entwicklung so: „Man hat unsere warnende Stimme nicht gehört und eine solche Wirtschaftspolitik getrieben, daß wegen wirtschaftlicher Verzweiflung große mittelständische Wählermassen aus den alten bürgerlich-politischen Parteien förmlich herausgedrängt wurden.“⁸

Die Wirtschaftspartei war ein paradoxes Symptom des mittelständischen Parteienüberdrusses. In allgemeinpolitischen Fragen orientierungslos, machte sie ihr Votum meist von irgendwelchen Zugeständnissen auf dem Gebiet des Mittelstandsschutzes abhängig. Den prinzipienlosen „Kuhhandel“, den sie den politischen Parteien vorwarf, erhob sie selbst zu ihrem obersten Prinzip. Sozialkonservativ und betont „national“, wie sie sich gab, war die Wirtschaftspartei nicht der politischen Mitte, sondern der Rechten zuzurechnen. Was die Mobilisierung von Ressentiments gegen

Die Gesellschaft 2 (1925/I), S. 59–65; Ernst Hamburger, Parteienbewegung und gesellschaftliche Umschichtung in Deutschland, ebd., S. 340–353.

⁸ Die SPD gewann 1928 gegenüber der Wahl vom Dezember 1924 3,9% hinzu. Die Wahlbeteiligung sank von 78,8% auf 75,6%. Für Küstermeiers These, daß 1928 besonders viele Mittelständler Wahlboykott geübt hätten, gibt es keine Anhaltspunkte. Das ABhoff-Zitat: Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Reichskommissar für den Mittelstand, Handwerk 11, Bd. 7, Nr. 19.

die „Parteipolitik“ betrifft, kann man sie durchaus als eine Vorfrucht des Nationalsozialismus bezeichnen⁹.

Die Wahlergebnisse der Jahre 1928 bis 1932 sind in der zeitgenössischen Publizistik und in der späteren wissenschaftlichen Literatur so oft analysiert worden, daß hier ein Blick auf die wichtigsten Befunde genügen mag. Bisherige Nichtwähler trugen zu den Erfolgen der NSDAP bei, sie bildeten aber nicht ihr bedeutendstes Stimmenpotential¹⁰. In viel geringerem Ausmaß scheinen Wähler der Arbeiterparteien SPD und KPD und am allerwenigsten Wähler von Zentrum und Bayerischer Volkspartei an den Wahlerfolgen der Nationalsozialisten beteiligt gewesen zu sein. Die NSDAP profitierte vor allem von den Verlusten der bürgerlichen Parteien, wobei 1930 die Deutschnationalen und im Juli 1932 die liberalen Parteien, die Wirtschaftspartei und Splitterparteien die Hauptquellen der nationalsozialistischen Gewinne waren. Die Septemberwahlen von 1930 und die Juliwahlen von 1932 zusammengenommen, büßten die beiden liberalen Parteien über 3 Millionen, die konservativen Parteien einschließlich der Wirtschaftspartei über 5 Millionen Stimmen ein¹¹.

Wahlsoziologische Einzeluntersuchungen erlauben einige zusätzliche Annahmen. Zunächst ist davon auszugehen, daß die Deutschnationalen 1928 noch über ein beträchtliches Wählerreservoir in den städtischen Mittelschichten verfügten. In den Verlusten der DNVP von 1930 spiegelte sich aber auch das Faktum, daß die seit 1927 andauernde Agrarkrise der nationalsozialistischen Agitation unter der Land-

⁹ Über die Wirtschaftspartei vgl. jetzt die nach Abschluß des Manuskripts erschienene Arbeit von Martin Schumacher, *Mittelstandsfrente und Republik, Wirtschaftspartei – Reichspartei des deutschen Mittelstandes 1919–1933*, Düsseldorf 1972; ferner: *Erinnerungen und Dokumente von Johann Victor Bredt 1914 bis 1933*, bearbeitet von Martin Schumacher, Düsseldorf 1970. Bredt, einer der Parteiführer der Wirtschaftspartei und 1930 Brünings Justizminister, hatte bis 1918 der Freikonservativen Partei, von 1918 bis 1920 der Deutschnationalen Volkspartei angehört.

¹⁰ Die These von Reinhard Bendix (*Social Stratification and Political Power*, in: *The American Political Science Review* 46 [1952], S. 357–375), daß die NSDAP vor allem frühere Nichtwähler angezogen habe, ist von ihm selbst inzwischen zurückgenommen worden (R. Bendix und S. M. Lipset, *On the Social Structure of Western Societies: Some Reflections on Comparative Analysis*, in: *Berkeley Journal of Sociology* 5 [1959], S. 1–15). Nach Karl O'Lessker (*Who Voted for Hitler?*, in: *American Journal of Sociology* 74 [1968/69], S. 63–69) war die Korrelation zwischen erhöhter Wahlbeteiligung und Stimmengewinnen bei der NSDAP mit + 0,38 niedriger als bei Zentrum (+ 0,64) und KPD (+ 0,63). Vgl. dazu auch die Kritik an O'Lesskers Aufsatz durch Allan Schnaiberg (ebd., S. 732–735).

¹¹ Nähere Zahlenangaben und Literatur bei Winkler, *Mittelstand*, a. a. O., S. 175–177. Nach O'Lessker, a. a. O., S. 63–69, verdankte die NSDAP 1930 ihre Gewinne zu 38 % der DNVP, zu 23 % den liberalen Parteien. Die DNVP verlor bei der Reichstagswahl vom 14. September 1930 1,9 Millionen Stimmen (DVP: –1,1 Millionen, DDP bzw. Staatspartei: – 0,16 Millionen, Wirtschaftspartei: – 0,03 Millionen).

Für die Wahl vom 31. Juli 1932 lauten die Zahlen: DVP: –1,14 Millionen; Staatspartei: – 0,95 Millionen; DNVP: – 0,28 Millionen; kleinere Agrar- und Rechtsparteien: – 1,8 Millionen; Wirtschaftspartei: – 1,2 Millionen. Über die Verluste der DNVP: Arthur Dix, *Die deutschen Reichstagswahlen 1871 bis 1930 und die Wandlungen der Volksgliederung*, Tübingen 1930, S. 46 ff.

bevölkerung schon frühzeitig einen günstigen Boden verschafft hatte. Innerhalb des gewerblichen Mittelstandes glaubten zeitgenössische Beobachter eine Differenzierung aus der Tatsache ableiten zu können, daß die Wirtschaftspartei ihren Stimmenbestand zwischen 1928 und 1930 nahezu halten konnte. Da diese Partei in den vorausgegangenen Jahren zahlreiche Handwerker hatte an sich ziehen können und andererseits die Nationalsozialisten sich in derselben Zeit mehr auf den traditionsloseren Kleinhandel konzentriert hatten, schloß man, daß diese Gruppe in größerem Umfang zum Wahlerfolg der NSDAP im September 1930 beigetragen habe als das Handwerk.

Kein Zweifel kann aber daran bestehen, daß das Wählerreservoir der Nationalsozialisten zum überwiegenden Teil aus Bauern, selbständigem Mittelstand sowie Angestellten und Beamten bestand. Positive Korrelationen zwischen der Zugehörigkeit zu einer dieser Gruppen und nationalsozialistischer Stimmabgabe sind mehrfach errechnet worden, wobei sie bei den Angehörigen des gewerblichen Mittelstandes noch höher liegen als bei den Festbesoldeten. Eine Aufschlüsselung der Berufszugehörigkeit der NSDAP-Mitglieder im Jahr 1930 zeigt ebenfalls, daß die Arbeiter in dieser Partei unterrepräsentiert waren, während Angestellte, Beamte, Bauern und Selbständige im Vergleich zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung überproportional vertreten waren. Die prozentualen Anteile der Berufsgruppen an der Mitgliedschaft der NSDAP betragen (in Klammern jeweils die Anteile an der Gesamtbevölkerung): Arbeiter 28,1 (45,9), Angestellte 25,6 (12,0), Selbständige 20,7 (9,0), Beamte 8,3 (5,1), Bauern 14,0 (10,6), Sonstige 3,3 (17,4)¹².

II

Um die Mitte der zwanziger Jahre hätte schwerlich irgendein Beobachter die Vorhersage gewagt, die Nationalsozialisten würden mit Hilfe der deutschen Mittelschichten zu einer Massenbewegung werden. Gewiß: schon vor dem Hitler-Putsch

¹² Zur Differenzierung innerhalb des gewerblichen Mittelstandes: Hans Neisser, Sozialstatistische Analyse des Wahlergebnisses, in: *Die Arbeit* 7 (1930), S. 654–659; Theodor Geiger, Panik im Mittelstand, ebenda, S. 637–654; Carl Mierendorff, Gesicht und Charakter der nationalsozialistischen Bewegung, in: *Die Gesellschaft* 7 (1930), S. 489–504. Zu den Korrelationsberechnungen: Samuel A. Pratt, *The Social Basis of Nazism and Communism in Urban Germany*, M.A. Thesis (Microfilm), Michigan State College, East Lansing, Mich. 1948, bes. S. 117; Heberle, a. a. O., S. 109. Nach Pratt, der sich auf ein Sample von 193 Städten stützt, betragen im Juli 1932 die Korrelationen zwischen NS-Votum und „upper middle class“ (Selbständige, höhere Festbesoldete) in Städten zwischen 25 000 und 50 000 Einwohnern + 0,23; zwischen 50 000 und 100 000 Einwohnern + 0,58; über 100 000 + 0,33. Bei der „lower middle class“ (untere Beamte und Angestellte) lauten die entsprechenden Daten: + 0,25; + 0,57; + 0,27. Zur Soziologie der NSDAP-Mitgliedschaft: Wolfgang Schäfer, *NSDAP, Entwicklung und Struktur der Staatspartei im Dritten Reich*, Marburg/Lahn 1957, S. 17.

gehörten der NSDAP überproportional viele Handwerker und Kaufleute an¹³. Aber das öffentliche Image dieser Bewegung war doch ein revolutionäres, der Habitus ihrer Führer alles andere als „bürgerlich“. Auf das Gros der standesbewußten Kleingewerbetreibenden wirkte schon der Name der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei nicht werbend, sondern abschreckend: er trug dazu bei, daß man die Hitlerbewegung lange Zeit für eine verkappt marxistische Partei hielt. „Das Handwerk“, so schrieb 1924 die rechtsstehende „Nordwestdeutsche Handwerks-Zeitung“, „hat von den Nationalsozialisten überhaupt nichts zu erwarten, im Gegenteil hat die Deutschvölkische Freiheitspartei ein Wirtschaftsprogramm aufgestellt, das eher wirtschaftshemmend als wirtschaftsfördernd ist . . . Das Handwerk wird sich dessen erinnern, daß Deutschvölkische niemals als Vertreter des gewerblichen Mittelstandes angesprochen werden können“. Deutschvölkische und Nationalsozialisten seien eine „reine Arbeitnehmerbewegung“, sie offerierten „bolschewistisches Gift in schwarz-weiß-roter Verpackung“¹⁴.

Es bedurfte erheblicher Anstrengungen von seiten der nationalsozialistischen Führung, um solche Vorurteile abzubauen. Der „Sozialismus“ mußte herabgespielt werden zu einem Synonym der unverbindlichen Parteiparole „Gemeinnutz vor Eigennutz“; der Enteignungsfurcht mußte der Boden entzogen, der Vorwurf der „Wirtschaftsfeindschaft“ entkräftet werden. Das Ziel der nationalsozialistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik sei, so glaubte noch im Dezember 1932 der neugebildete „Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes“ versichern zu müssen, die „Entproletarisierung des deutschen Arbeiters. Sinn der sozialistischen Idee ist die Beeiugung der Besitzlosen. Damit steht der Sozialismus Adolf Hitlers im schärfsten Gegensatz zu dem verlogenen Schein-Sozialismus der Marxisten, der sich die Enteignung der Besitzenden zum Ziel gesetzt hat“¹⁵.

Wenn es Schichten gab, die einer – wie immer vagen – Verbindung von Nationalismus und Sozialismus zuneigten, so waren es jedenfalls nicht die selbständigen Handwerker, Kaufleute und Bauern. In Kreisen der bürgerlichen Intelligenz und in paramilitärischen Verbänden dagegen waren der Mythos der Schützengrabengemeinschaft, der Gedanke an eine Synthese von „Preußentum und Sozialismus“, ja selbst „nationalbolschewistische“ Ideen durchaus virulent¹⁶. Die Parole eines „nationalen Sozialismus“ konnte darüber hinaus bei erheblichen Teilen des „neuen

¹³ Michael H. Kater, Zur Soziographie der frühen NSDAP, in dieser Zeitschrift 19 (1971), S. 124–159. Ferner Peter H. Merkl, Die alten Kämpfer der NSDAP, in: Sozialwissenschaftliches Jahrbuch der Politik 2 (1971), S. 495–517.

¹⁴ Nordwestdeutsche Handwerks-Zeitung 29 (1924), Nr. 47 (20.11.), Nr. 14 (4. 4.). Über die u. a. vom Grafen Reventlow repräsentierte norddeutsche Spielart der nationalsozialistisch-völkischen Bewegung, die in der Tat gewisse „nationalbolschewistische“ Züge trug: Klaus-Peter Hoepke, Die deutsche Rechte und der italienische Faschismus, Düsseldorf 1968, S. 207 bis 212.

¹⁵ Bundesarchiv Koblenz, Sammlung Schumacher 242a: Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes, NS-Hago.

¹⁶ Hierzu besonders: Otto-Ernst Schüddekopf, Linke Leute von rechts, Die nationalrevolutionären Minderheiten und der Kommunismus in der Weimarer Republik, Stuttgart 1960.

Mittelstandes“ auf Resonanz rechnen, die einerseits sich als Arbeitnehmer fühlten, andererseits aber nicht ins Proletariat hinabsinken wollten. Der Nationalismus hatte für diese Schicht vor allem eine Abgrenzungsfunktion: er erlaubte es, sich vom internationalen Marxismus und damit von den sozialdemokratischen Arbeitern abzuheben. Der 1893 gegründete Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband, der sich während der Weimarer Republik zur größten Angestelltengewerkschaft entwickelte, versuchte eine Interessenpolitik im Sinne der von ihm repräsentierten Arbeitnehmergruppen mit völkischer Agitation zu verbinden. Im ideologischen Umkreis dieses Verbandes war ein national drapierter Antikapitalismus seit langem so verbreitet, daß die Nationalsozialisten nach Beginn der Weltwirtschaftskrise keine Mühe hatten, zahlreiche Angestellte hinter ihren Fahnen zu sammeln¹⁷.

Bereits im Parteiprogramm der NSDAP von 1920 traten die konkreten gesellschaftspolitischen Forderungen hinter extrem nationalistischen und antisemitischen Postulaten zurück. Die Gruppe, die als einzige ausdrücklich angesprochen wurde, war der gewerbliche Mittelstand. In Punkt 16 des Programms bekannte sich die Partei zur „Schaffung eines gesunden Mittelstandes und seiner Erhaltung“. Sie forderte die „sofortige Kommunalisierung der Groß-Warenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende, schärfste Berücksichtigung aller kleinen Gewerbetreibenden bei Lieferungen an den Staat, die Länder oder Gemeinden“.

Mit ihrem Eintreten für einen umfassenden Mittelstandsschutz knüpfte die NSDAP an den Sozialprotektionismus des Kaiserreichs an. Sie übernahm Forderungen, mit denen Handwerker und Kleinhändler seit je die Gewerbefreiheit bekämpft hatten – Forderungen, die vom politischen Konservativismus schon in der Revolution von 1848/49 unterstützt und während des Kaiserreiches zu erheblichen Teilen verwirklicht worden waren. Dem Kleinhandel versuchte man durch Maßnahmen gegen den „unlauteren Wettbewerb“, das Wandergewerbe, die Konsumvereine und vor allem gegen die Warenhäuser entgegenzukommen. Letztere wurden seit Ende der 1890er Jahre von zahlreichen Einzelstaaten mit diskriminierenden Sondersteuern belegt. Dem Handwerk ermöglichte die Reichsgesetzgebung eine weitgehende Restauration des Zunftwesens. Während der 1880er Jahre stellte der Reichstag viele Privilegien der Innungen Schritt für Schritt wieder her, und 1897 führte eine Novelle zur Gewerbeordnung neben öffentlich-rechtlichen Handwerkskammern auch das Institut der fakultativen Zwangsinnung ein: die Zugehörigkeit zur Innung wurde obligatorisch, wenn sich in einem Handwerkskammerbezirk die Mehrheit

¹⁷ Iris Hamel, *Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft, Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband 1893–1933*, Stuttgart 1967, S.167–269. Für die politische Entwicklung der Angestellten in der Weimarer Republik ist bezeichnend, daß 1919 der sozialistische Allgemeine Freie Angestelltenbund (Afa-Bund) mit 366051 Mitgliedern die stärkste Angestelltengewerkschaft war, während der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband (DHV) 207802 Mitglieder hatte. 1931 besaß der DHV 409022, der Afa-Bund 205489 Mitglieder.

der Selbständigen eines bestimmten Handwerkszweiges durch Abstimmung dafür entschied.

Die Konservativen, die neben dem Zentrum und den Antisemitenparteien die eigentlichen Wortführer des Sozialprotektionismus waren, konnten durch die Übernahme von Mittelstandsforderungen ihre gesellschaftliche Basis in den Städten beträchtlich erweitern. Darüber hinaus lösten sie im bürgerlichen Liberalismus Anpassungsprozesse aus, die auf eine allmähliche Abkehr von der Gewerbefreiheit hinausliefen. So stimmten beispielsweise 1908 die Nationalliberalen für die Einführung des „Kleinen Befähigungsnachweises“, der das Recht zur Lehrlingsausbildung an die erfolgreiche Meisterprüfung band. Sechs Jahre zuvor schon hatte die Hälfte der Abgeordneten der linksliberalen Deutschen Volkspartei im württembergischen Landtag für eine Warenhaussteuer gestimmt¹⁸. Zugespitzt wird man sagen können, daß es während des Kaiserreichs nicht nur in den oberen Rängen des deutschen Bürgertums eine „Feudalisierung“ gab – eine Anpassung an Werthaltungen der militärisch-feudalen Führungsschicht, die im Königlich Preußischen Reserveoffizier ihren wohl bezeichnendsten Ausdruck fand –, sondern auch im Bereich des gewerblichen Mittelstandes. Die gezielte Restauration vorindustrieller Normen und Institutionen trug dazu bei, breite Schichten der deutschen Gesellschaft an ein politisches System zu binden, das dank seiner obrigkeitstaatlichen Elemente eine wirksame Rückversicherung gegen eine Majorisierung der Besitzinteressen bildete. Gegen Ende des Kaiserreiches ließ sich unschwer vorhersehen, daß der Mittelstand nur solange staatserhaltend sein konnte, als der Staat mittelstandserhaltend war.

Bei der Landbevölkerung zeitigte der Agrarprotektionismus ähnliche Wirkungen, obwohl hohe Getreidezölle primär dem ostelbischen Großgrundbesitz zugute kamen, die mittel- und kleinbäuerliche Vieh- und Veredelungswirtschaft aber gerade an der Einfuhr billigen Futtergetreides hätte interessiert sein müssen. Daß die Schutzzölle eine allgemeine Erhöhung der Bodenpreise und damit auch der Kreditfähigkeit der Landwirtschaft mit sich brachten, hat offenbar im Bewußtsein der Bauern keine entscheidende Rolle gespielt. Äußerst wirksam war dagegen die Idee einer agrarischen Einheitsfront gegenüber dem modernen Industrialismus. Sie erwies sich als so zugkräftig, daß die meisten Bauern den großagrarisches geführten Bund der Landwirte als *pressure group* der Gesamtlandwirtschaft akzeptierten¹⁹.

Eine vergleichbare Zurückstellung konkreter ökonomischer Interessen gegenüber vermeintlichen Standesinteressen gab es bei den Angestellten. Dem Deutschnatio-

¹⁸ Peter Hengel, *Das Warenhaus als parteipolitisches Problem*, Diss. (Ms.), Tübingen 1952, bes. S. 96 f. Zum Sozialprotektionismus des Kaiserreiches ferner: Winkler, *Mittelstand*, a. a. O., S. 40–64. Die württembergische „Deutsche Volkspartei“ des Kaiserreichs ist nicht zu verwechseln mit der späteren gleichnamigen Partei Gustav Stresemanns.

¹⁹ Vgl. hierzu Hans-Jürgen Puhle, *Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im wilhelminischen Reich (1895–1914)*, Ein Beitrag zur Analyse des Nationalismus in Deutschland am Beispiel des Bundes der Landwirte und der Deutsch-Konservativen Partei, Hannover 1966. Zur Interessenbasis der Agrarbewegung auch: Rudolf Hilferding, *Das Finanzkapital*, Neuauflage, Frankfurt/M. 1969, S. 460–478.

nalen Handlungsgehilfen-Verband schien die Zusammenarbeit mit dem Bund der Landwirte und einigen Kleinhändlerverbänden so wichtig, daß er um die Jahrhundertwende in zollpolitischen Fragen, beim Kampf um die Warenhaussteuern und dem Streit um Ladenschlußzeiten sich auch dann den Forderungen seiner Bündnispartner anschloß, wenn dies den Bedürfnissen der Verbandsmitglieder strikt widersprach. Agrarier, Detailhändler und kaufmännische Gehilfen trafen sich indes auf der Basis eines völkisch-antisemitischen Nationalismus, dem somit die Funktion einer mittelständischen Integrationsideologie zuwuchs. Den Angestellten diente, wie schon erwähnt, die nationale Parole vor allem dazu, sich von der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung abzugrenzen. Derselbe Wunsch, sich vom Proletariat abzuheben, veranlaßte viele Angestellte, sich die Staatsbeamten als gesellschaftliches Leitbild zu wählen. Dieser Distanzierungsdrang wurde von den bürgerlichen Parteien – mit Ausnahme der linksliberalen – honoriert: das Gesetz über die Angestelltenversicherung von 1911 brachte den oft verspotteten „Stehkragenproletariern“ die erstrebte versicherungspolitische Absonderung von den Arbeitern²⁰.

Die Antworten, die der Nationalsozialismus auf das Schutzverlangen von Klein-gewerbetreibenden und Bauern und auf die Proletarisierungsfurcht der Angestellten gab, waren mithin durchwegs „rechte“ Antworten. Sie entstammten – ebenso wie jener ambivalente Antikapitalismus, der zwischen „raffendem“ und „schaffendem“ Kapital unterschied – der sozialkonservativen Bewegung des späten 19. Jahrhunderts. Freilich mußte unter dem Vorzeichen des allgemeinen Reichstagswahlrechts auch der Konservatismus sich „demokratisieren“: er bedurfte der Massenbasis und mußte daher vor allem jene Schichten zu mobilisieren versuchen, die ebenso wie die Agrarier von einer fortschreitenden Industrialisierung nur Nachteile zu befürchten hatten. Über den 1893 gegründeten Bund der Landwirte, den schlagkräftigsten Interessenverband des Kaiserreiches, wirkte der Vulgärkonservatismus auf breite bäuerliche und kleingewerbliche Schichten ein. Sozialprotektionismus und Antiparlamentarismus, Kampf gegen Liberalismus und Sozialdemokratie, Antisemitismus und Nationalismus – in der Propaganda des Bundes der Landwirte und der mit ihm liierten Verbände vereinigten sich diese Elemente zu einem explosiven antidemokratischen Gemisch²¹. Was später als das Paradox der faschistischen Bewegungen erschien, die Mobilisierung von Massen zur Abwehr von „Massen-

²⁰ Urte Schild, Entstehung und Bedeutung der antisemitischen Agitation großer Verbände in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts, unter besonderer Berücksichtigung des Bundes der Landwirte und des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, Staatsexamensarbeit (Ms.), Berlin (FU) 1967, S. 103; Jürgen Kocka, Unternehmensverwaltung und Angestellten-schaft am Beispiel Siemens 1847 bis 1917, Zum Verhältnis von Kapitalismus und Bürokratie in der deutschen Industrialisierung, Stuttgart 1969, bes. S. 516–518.

²¹ Außer Puhle vor allem: Hans Rosenberg, Die Pseudodemokratisierung der Rittergutsbesitzerklasse, in: Ders., Probleme der deutschen Sozialgeschichte, Frankfurt a.M. 1969, S. 7–50; ders., Zur sozialen Funktion der Agrarpolitik im Zweiten Reich, ebd., S. 51–80; ders., Große Depression und Bismarckzeit, Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa, Berlin 1967, passim.

herrschaft“, ist schon im kaiserlichen Deutschland erfolgreich vorexerziert worden²².

III

Die These vom Nationalsozialismus als Extremismus der Mitte ist durch unsere bisherigen Überlegungen nicht bestätigt worden. Der Übergang von den liberalen Parteien zur NSDAP erfolgte weniger abrupt und unvermittelt, als Lipset annimmt. Für viele Wähler war das Votum für die Nationalsozialisten das Ende einer Wanderung, die sie schon 1924 in das Einzugsfeld der DNVP, einer wenn auch nicht totalitären, so doch zweifellos autoritären Rechtspartei geführt hatte. Aber auch auf dem rechten Flügel des bürgerlichen Liberalismus, bei der Deutschen Volkspartei, erhielten seit Ende der zwanziger Jahre die antiliberalen und antiparlamentarischen Tendenzen Auftrieb. Es erscheint daher fraglich, ob man die Fördererkreise, Mitglieder und Wähler der DVP uneingeschränkt als „liberal“ einstufen kann²³. Das gesellschaftspolitische Programm der Nationalsozialisten (sofern man von einem solchen überhaupt sprechen kann) stimmt zwar mit vielen sozialkonservativen Ideen des späten 19. Jahrhunderts überein, aber kaum mit Konzeptionen, die aus der Mitte des politischen Spektrums stammen. Auch der Versuch, die Arbeiter mit Hilfe nationaler Agitation dem Einfluß des „Marxismus“ zu entreißen, steht in einer solchen „rechten“ Tradition²⁴. Die Frage bleibt indes, ob Massenbasis und offizielles Programm einer Bewegung für ihre politische Standortbestimmung hinreichen.

Tatsächlich gibt es keine politische Bewegung, die sich einer ausschließlich soziologischen Betrachtungsweise in einem solchen Maß entzieht wie die faschistischen Bewegungen der Zwischenkriegszeit. Eine Analyse der Massenbasis dieser Bewegungen sagt noch wenig aus über ihre gesellschaftliche Funktion, und aus einer Analyse ihrer gesellschaftlichen Funktion läßt sich so gut wie nichts über die strategischen Zielsetzungen ihres Machtzentrums ermitteln. Die relativ große politische Autonomie dieses Machtzentrums scheint ein gemeinsames Merkmal der faschistischen Bewegungen zu sein, eine primär nach außen gewandte, nicht aus ökonomischen Interessen ableitbare nationale Aggressivität ein anderes. Begriffsbestimmungen des Faschismus müssen infolgedessen mehrschichtig sein: sie haben seine soziale Basis, seine Funktion für das gesellschaftliche System, seine Herrschaftsmethoden und die langfristigen politischen Zielsetzungen seines Führungskerns zu berücksichtigen.

Letztes Ziel der nationalsozialistischen Führung war die Gewinnung von Lebensraum für „die nordische Rasse“, was prinzipiell unbegrenzte Expansion und Kampf

²² Vgl. hierzu auch die allerdings von Verzerrungen nicht freie Arbeit von Dirk Stegmann, *Die Erben Bismarcks, Parteien und Verbände in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschlands, Sammlungspolitik 1897–1918*, Köln 1971.

²³ Hierzu jetzt: Lothar Döhn, *Politik und Interesse, Die Interessenstruktur der Deutschen Volkspartei, Meisenheim am Glan 1970*.

²⁴ Dazu neuerdings: Stegmann, a. a. O., S. 97–518.

gegen die jüdische „Gegenrasse“ von Anfang in sich schloß. Dieses Ziel war kein soziales, es war in einem ebenso genauen wie umfassenden Sinn a-sozial. Eine a-soziale politische Strategie setzt als Ausgangsbasis ein Milieu voraus, das sich nicht unmittelbar oder nicht vorrangig an materielle Interessen gebunden fühlt. Zu einem solchen Milieu gehörten jene zahlreichen Existenzen, die durch den Ersten Weltkrieg aus der Bahn geworfen worden waren und das Kriegserlebnis um jeden Preis zu verlängern strebten. Gesellschaftlich nicht wieder integrierte Kriegsteilnehmer bildeten nicht zufällig eine Kerngruppe faschistischer Bewegungen. Die Bedeutung, die die nationale Parole gerade für entwurzelte Militärs hatte, wird nur verständlich, wenn man sich den Funktionswandel vergegenwärtigt, den diese Parole schon vor Jahrzehnten durchlaufen hatte. In Deutschland hatte bis in die sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts das liberale Bürgertum den Adel als Träger der partikularstaatlichen Zersplitterung und sich selbst als Verkörperung der Nation gesehen. Im Zeichen des „Schutzes der nationalen Arbeit“ und des Kampfes gegen die „Reichsfeinde“ wandelt sich dann die Funktion der nationalen Parole: aus einer bürgerlichen Emanzipationsforderung wird ein ideologisches Schlaginstrument gegen Sozialdemokratie und Linkliberalismus. Die sozialimperialistische Bewegung, die in den 1880er Jahren einsetzt, verstärkt die antidemokratischen Züge des Nationalismus: koloniale Expansion soll von inneren Konflikten ablenken. Die gesellschaftliche Bedeutung dieser „sekundären Integration“ (Wolfgang Sauer) wird breiten Schichten immer weniger bewußt: „national“ zu sein, versteht sich scheinbar von selbst. Die nationale Parole hat sich gegenüber konkreten sozialen Interessenlagen gewissermaßen verselbständigt. Der Erste Weltkrieg ist der vorläufige Höhepunkt dieser Erfahrung²⁵.

Für die Beurteilung des Nationalsozialismus ist die Erkenntnis seiner Endziele ausschlaggebend. An diesen Zielen orientierten sich seine Gegnerschaften und seine Bündnisse. Nützlich war, wer ihm zur Macht verhalf; privilegiert wurde, wer für die letzten Zielsetzungen seines Machtzentrums unentbehrlich war. Aus diesem Prinzip folgte die Umwerbung bestimmter Gruppen vor und ihre unterschiedliche Behandlung nach der Machtergreifung. Der Nationalsozialismus war mithin nicht ein Instrument in den Händen einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe – etwa, wie die Komintern es sah, der „am meisten reaktionären und chauvinistischen imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ –, sondern ein weitgehend auto-

²⁵ Zu diesem Problembereich etwa: Heinrich August Winkler, Bürgerliche Emanzipation und nationale Einigung, in: Helmut Böhme (Hrg.), Probleme der Reichsgründungszeit 1848 bis 1879, Köln 1968, S. 226–242; Hans Ulrich Wehler, Bismarck und der Imperialismus, Köln 1969, bes. S. 112–154; 454–502; Wolfgang Sauer, National Socialism: Totalitarianism or Fascism?, in: The American Historical Review 73 (1967), S. 404–424; ders., Das Problem des deutschen Nationalstaates, in: H. U. Wehler (Hrg.), Moderne deutsche Sozialgeschichte, Köln 1966, S. 407–436. Wie bewußtseinsprägend der Erste Weltkrieg für die Generation war, die die Jungwähler der Jahre 1930 bis 1933 stellte, zeigt eindringlich: Peter Loewenberg, The Psychohistorical Origins of the Nazi Youth Cohort, in: The American Historical Review 76 (1971), S. 1457–1502.

nomer Faktor, der allerdings ohne die massive Unterstützung eindeutig identifizierbarer gesellschaftlicher Gruppen nicht an die Macht kommen und sich nicht an der Macht behaupten konnte²⁶.

Als Massenbasis kamen für die Nationalsozialisten, da sie aus der Arbeiterschaft nur verhältnismäßig wenige Anhänger gewinnen konnten, allein die Mittelschichten in Frage. An diese wandten sie sich mit gezielten Aktionen, seit Hitler nach 1924 auf die Linie legaler Machteroberung eingeschwenkt war und die antikapitalistische Rhetorik des linken NSDAP-Flügels zu dämpfen begonnen hatte. Die Kleinhändler beispielsweise wurden mit Kampagnen gegen jüdische Warenhäuser umworben; den Bauern versprach man, sie würden der erste Stand des Dritten Reiches werden; dem Handwerk wurde alles das zugesagt, was es in der Republik nicht hatte durchsetzen können: der „Große Befähigungsnachweis“, der die Ausübung eines Handwerksberufs an den Meistertitel band, die allgemeine Zwangsinnung und vieles andere mehr. Seit sich bei Bauern und Kleingewerbetreibenden der Eindruck verfestigt hatte, daß der „Sozialismus“ der NSDAP ihren Besitzstand nicht antasten würde, war diese Partei zumindest kein bedrohlicher Gegner mehr. Sie wurde wählbar, nachdem sie sich praktisch den Gesamtkatalog mittelständischer und agrarischer Schutzforderungen zu eigen gemacht hatte. Und sie wurde gewählt, als die kleinen Selbständigen in Stadt und Land außer ihr keine politische Kraft mehr sahen, die ernst machen würde mit der radikalen Beseitigung aller Widerstände gegen die Verwirklichung der eigenen Wünsche. Dieses Empfinden war entscheidend: nur der Nationalsozialismus versprach, das Übel bei der Wurzel zu packen, die organisierte Arbeiterschaft in ihre Schranken zu weisen, Parlament und Parteien und damit die Gefahr der Majorisierung der Besitzinteressen endgültig auszuschalten. Bei Angestellten und Beamten der einfachen und mittleren Ränge waren es ähnliche Statusorgen, die sie unter dem Eindruck der ökonomischen Krise doppelt schwer empfanden und die schließlich den Nationalsozialismus als Rettungsanker erscheinen ließen²⁷.

In den Führungsgruppen der deutschen Gesellschaft gingen die Meinungen über den Nationalsozialismus noch länger auseinander als in den Mittelschichten. Im Unternehmerlager stieß naturgemäß vor allem das verschwommene Wirtschaftsprogramm des Nationalsozialismus auf großes Mißtrauen. Das gilt nicht nur für die pseudosozialistischen Parolen der Partei, sondern auch und gerade für jene vagen

²⁶ Hierzu u. a.: Ernst Nolte, Vierzig Jahre Theorien über den Faschismus, in: Ders. (Hrg.), Theorien über den Faschismus, Köln 1967, S. 15–75; Iring Fetscher, Faschismus und Nationalsozialismus, Zur Kritik des sowjetmarxistischen Faschismusbegriffs, in: Politische Vierteljahrschrift 3 (1962), S. 42–63; Tim Mason, Der Primat der Politik, Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus, in: Das Argument, Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft 8 (1966), Nr. 41, Heft 6, S. 473–493 (die anschließende Diskussion: 10 [1968], Nr. 47, Heft 3, S. 167 bis 221).

²⁷ Über die Entwicklung der NSDAP vor 1933 am besten: Dietrich Orlow, The History of the Nazi Party, 1919–1933, Pittsburgh 1969. Zur Mentalität von Landbevölkerung und Mittelstand: M. Rainer Lepsius, Extremer Nationalismus, Strukturbedingungen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung, Stuttgart 1966, S. 9–25.

Versprechungen einer berufsständischen Ordnung, die in den Mittelschichten eine gewisse Popularität besaßen. Außenhandel und Exportindustrie sahen in einer ständischen Neuordnung die Gefahr der wirtschaftlichen Stagnation und des staatlichen Dirigismus. Korporative Ideen schienen der Geschäftswelt nur insoweit akzeptabel, als sie geeignet waren, eine wirksame Vertretung der wirtschaftlichen Interessen gegenüber der Exekutive zu legitimieren und damit das politische Parlament zu neutralisieren. In eine ähnliche Richtung zielten die Pläne einer „Reichsreform“, wie sie namentlich von Vertretern der hohen Bürokratie vorangetrieben wurden²⁸.

Positive Unterstützung fand der Nationalsozialismus vor allem bei Teilen der Schwerindustrie. Die Symbiose zwischen Ruhrindustriellen und Obrigkeitsstaat, historisch begründet im gemeinsamen Rüstungsinteresse, hatte bei den Unternehmern der Kohlen- und Eisenbranche eine Mentalität entstehen lassen, deren sinnfälligster Ausdruck nach dem Urteil des Ökonomen M.J. Bonn das „Ideal einer kundenfreien Wirtschaft“ war²⁹. Ein autoritäres Regime, das soziale Konflikte notfalls mit Gewalt unterdrückte, schien den Schwerindustriellen stets erstrebenswerter als eine liberale Demokratie. Den Standpunkt des Herrn im Hause hat außer dem Handwerk kein Segment der deutschen Gesellschaft so rigoros vertreten wie die Kohle- und Stahlindustriellen; beide Gruppen trafen sich auch in der Entschlossenheit, die sozialpolitischen Errungenschaften der Weimarer Republik bei erster sich bietender Gelegenheit wieder zu beseitigen. Man kann geradezu von einer geheimen politischen und ideologischen Wahlverwandtschaft von Kleingewerbe und Schwerindustrie sprechen: beide bewegten sich, wann immer sie sich kritischen Situationen gegenüber sahen, nach rechts. Zumindest von Teilen der Schwerindustrie gilt, daß sie meist zur gleichen Zeit dieselbe Partei favorisierten wie der gewerbliche Mittelstand – nach der Deutschen Volkspartei die Deutschnationale Volkspartei und schließlich, großen Bedenken zum Trotz, die Nationalsozialisten.

Die finanzielle Hilfe, die der Nationalsozialismus durch Schwerindustrielle erfuhr, hatte gewiß nicht denselben Stellenwert wie die massenhafte Unterstützung durch die Mittelschichten. In den entscheidenden drei Monaten vor dem 30. Januar 1933 trug sie jedoch wesentlich dazu bei, der Wahlniederlage der NSDAP vom 6. November 1932 ihren politischen Sinn zu nehmen und die letzte Alternative zur Diktatur Hitlers, das möglicherweise entwicklungsfähige Regime Schleichers, zu liquidieren. Noch massiver und direkter wirkte in derselben Phase ein anderer Gralshüter autoritärer Politik auf die nationalsozialistische Machtübernahme hin: der tief verschuldete ostelbische Großgrundbesitz. Die Furcht vor der Aufdeckung der Osthilfe-Skandale scheint das wesentliche Motiv jener Aktivitäten gewesen zu sein, die der Reichslandbund im Dezember 1932 und im Januar 1933 entfaltete, um eine Regierung der „nationalen Konzentration“ ans Ruder zu bringen³⁰.

²⁸ Dazu mein Aufsatz: *Unternehmerverbände zwischen Ständeideologie und Nationalsozialismus*, in dieser Zeitschrift 17 (1969), S. 341–371.

²⁹ M.J. Bonn, *Das Schicksal des deutschen Kapitalismus*, Berlin 1930², S. 55.

³⁰ Zur finanziellen Unterstützung der NSDAP durch Industriekreise vgl. jetzt vor allem: Henry A. Turner, *Big Business and the Rise of Hitler*, in: *The American Historical Review* 75

Es waren die konservativsten Kräfte der deutschen Gesellschaft, in den Mittelschichten wie unter den traditionellen Eliten, die den größten Anteil an der Machtergreifung Hitlers hatten. Soweit sie früher zur liberalen Mitte gehört hatten, waren sie schon lange vor dem Aufstieg des Nationalsozialismus nach rechts gerückt. Die Sehnsucht nach einem „überparteilichen“ Staat, die breite Schichten der deutschen Gesellschaft – und nicht zuletzt auch das Bildungsbürgertum – mit der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ sympathisieren ließ, nährte sich aus den Illusionen, die der kaiserliche Obrigkeitsstaat mit Bedacht gepflegt hatte. Mittelständischer und agrarischer Protest wurde nicht – wie in den Vereinigten Staaten oder Frankreich – durch die nachwirkende Erinnerung an eine demokratische Revolution davor bewahrt, antidemokratisch zu werden. Es gab in Deutschland keine populistische Alternative zum populären Autoritarismus. Auf der anderen Seite war der Kapitalismus nie gezwungen gewesen, seine politischen Ansprüche demokratisch zu legitimieren. Die Chance der sozialen Rückversicherung, die ihm herrschaftsgewohnte vorkapitalistische Kräfte boten, ersparten ihm die Bewährung im offenen Konflikt.

Die Vereinigten Staaten wurden von der Weltwirtschaftskrise auf allen Gebieten noch härter getroffen als Deutschland. Daß sie die Krise politisch bewältigten, ohne ihre liberalen Errungenschaften und demokratischen Institutionen preiszugeben, paßt nicht in jene vulgärmarxistische Theorie, die im Faschismus den politischen Überbau des Monopolkapitalismus sieht. Es ist in der Tat kein Zufall, daß faschistische Bewegungen nur in solchen Gesellschaften erfolgreich waren, in denen das Bürgertum sich nur unvollkommen von den Bindungen der ständischen Gesellschaft emanzipiert hatte. Der Feudalismus hat mit dem Faschismus mindestens ebensoviel zu tun wie der Kapitalismus.

Der Nationalsozialismus knüpfte auf gesellschaftspolitischem Gebiet an „rechte“ Traditionen an, ohne nach Ziel und Methode je mit der traditionellen Rechten identisch zu werden. Am ehesten noch berührten sich seine politischen Parolen mit denen des Vulgärkonservatismus der Wilhelminischen Ära – einem Konservatismus, der sich mit plebiszitären Mitteln und in antiliberaler Absicht eine Massenbasis geschaffen hatte. Daß diese Basis nur in den Mittelschichten gefunden werden konnte, war den Wortführern der Rechten niemals fraglich gewesen.

Der Ausdruck „Extremismus der Mitte“ erweckt den Eindruck, als hätte der Nationalsozialismus irgendwo in der Mitte zwischen links und rechts gestanden. In Wirklichkeit konnte er wie andere faschistische Bewegungen nur im Bunde mit der traditionellen Rechten an die Macht kommen, und er erhielt diese Unterstützung, weil sich seine Angriffe ganz überwiegend gegen die politische Linke richteten.

(1969), S. 56–70; ders., *The Ruhrlade, Secret Cabinet of Heavy Industry in the Weimar Republic*, in: *Central European History* 3 (1970), S. 195–228. Zur Rolle der Agrarier in der unmittelbaren Vorphase der Machtergreifung zuletzt: Heinrich Brüning, *Memoiren 1918–1934*, Stuttgart 1970, S. 639–646.

Als totalitäre Bewegung konnte er freilich keinerlei Opposition gegen sich dulden, und soweit sich Teile der traditionellen Eliten seinem politischen Anspruch nicht beugten, wurden auch sie ausgeschaltet. Was egalitär, ja sozialrevolutionär wirkte am Nationalsozialismus, war einmal ein Reflex seiner plebejischen Instinkte, zum anderen – und weit mehr noch – eine notwendige Folge des von ihm gesetzten Primats des Krieges: die Gesellschaftspolitik wurde immer mehr zur Fortsetzung der Außenpolitik mit anderen Mitteln. Am Ende stand die nihilistische Negation aller konkreten Interessen überhaupt. Es ist diese Wendung gegen das Soziale schlechthin, die den Nationalsozialismus zu einer extremen Erscheinungsform der politischen Rechten macht – zur extremsten, die die Geschichte kennt.